



Gleichwertige Lebensverhältnisse jetzt politisch gestalten*

Von Reinhard Sager, Merseburg

Spätestens seit dem 1. September, seit den Landtagswahlen im benachbarten Brandenburg und Sachsen wissen wir, dass wir es in diesen beiden Ländern – und wohl auch bundesweit – mit einer anderen politischen Landschaft zu tun haben. Das war nicht unabsehbar, sondern hat sich seit Langem angekündigt.

Umso mehr müssen die etablierten Parteien Lösungen für die drängenden Herausforderungen, Entwicklungen und Fragen unserer Zeit anbieten. Sie müssen diese durchsetzen und dann jedenfalls in einer Regierung nicht immer wieder selbst in Frage stellen. Von der Digitalisierung über den wirtschaftlichen Strukturwandel – gewissermaßen von der Altmark bis zur Lausitz –, den sozialen Zusammenhalt bis zum Klimawandel und zur Sicherung des Wohlstands in einer globalisierten Welt. Dies sind allesamt Themen, die auch und gerade die Landkreise ganz wesentlich betreffen und an deren politischer Gestaltung wir uns mit klaren Vorstellungen, sicherem Kompass und einer gemeinsamen Stimme beteiligen.

Die Antworten auf die drängenden Fragen sind alles andere als einfach, das wissen wir. Aber gerade deshalb steht die Politik vor der Aufgabe, einen breiten gesellschaftlichen Konsens zu befördern. Auf dieser Grundlage müssen Lösungen erarbeitet und die für deren Umsetzung notwendigen politischen Mehrheiten organisiert werden. Das ist freilich nach den beiden Landtagswahlen in diesem Monat und den Folgen für Berlin nicht einfacher geworden. Und dennoch: Die ungelösten Aufgaben liegen quasi „auf der Straße“.

Mega-Thema Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse

Lassen Sie mich deshalb gleich auf das erste Mega-Thema zu sprechen kommen, in das der Deutsche Landkreistag in den vergangenen zwölf Monaten viel Zeit und Kraft investiert hat: Die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“.

Sie ist im vergangenen September angetreten, allen Menschen in unserem Lande unabhängig von ihrem Wohnort gute Chancen für ihr Leben zu sichern. Dazu

gehört ganz zentral der Zugang zu öffentlichen Infrastrukturen, Gütern und Dienstleistungen.

Ausweislich des Einsetzungsbeschlusses des Bundeskabinetts sollten

„effektive und sichtbare Schritte hin zu einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse erreicht werden. Diese sollen auch dazu beitragen, den Wegzug aus vielen Regionen und den Druck durch Zuzug in anderen Regionen zu dämpfen.“

Kurz gesagt: Es sollte etwas herauskommen – ein Mehrwert, der die Menschen vor Ort ganz konkret erreicht und zeigt, dass Politik in der Lage ist, gleichwertige Lebensverhältnisse zu gestalten.

Es war nicht zuletzt erklärtes Anliegen der Bundeskanzlerin selbst, die Beförderung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland zu einem politischen Schwerpunkt in dieser Legislaturperiode zu machen. Ausdrücklich sprach sie im November 2017 davon, neben Digitalisierung und Wohnungsbau gerade die Einrichtung einer Kommission zum Leben im ländlichen Raum als politische Priorität zu betrachten. Das bedeutet, dass der Schwerpunkt der Kommissionsarbeit klar auf dem ländlichen Raum liegen sollte. Und in der Generaldebatte im Deutschen Bundestag hat sie erst vergangene Woche – am 11.9.2019 – formuliert:

„Wir wissen, dass in Deutschland Menschen Sorgen haben, dass sich Menschen abgehängt fühlen, dass die Entwicklungen völlig unterschiedlich sind zwischen Stadt und Land. Die einen können die Wohnungen nicht bezahlen, die anderen wissen nicht, wie sie ihr Haus verkaufen sollen. Darauf müssen wir Antworten finden.“

Vor allem nach dem vergleichsweise guten Abschneiden der AfD bei der letzten Bundestagswahl und zuvor bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern hatte das Thema der politischen Erreichbarkeit breiter Bevölkerungsteile in den ländlichen Räumen unter dem Stichwort

des „Abgehängtseins“ erhebliche politische Konjunktur. Kaum einer wollte sich nachsagen lassen, man lasse einen Großteil der Menschen links liegen. **Über 56 Mio. Menschen und damit 68 % der Bevölkerung Deutschlands leben in Landkreisen, damit zugleich in kleinen und mittleren und eben gerade nicht in Großstädten. Und es werden allen Unkenrufen zum Trotz immer mehr, seit 2014 fast eine Million!** Es sollte uns deshalb darum gehen, die ländlichen Räume auch in Zukunft funktionsfähig zu halten, als mittelständisches Rückgrat des Wirtschaftsstandortes Deutschland und als vorherrschende Ausprägung der dezentralen Aufstellung unseres Landes.

Denn die infrastrukturellen und sozialen Leistungen bilden die Grundlage für die freie Entfaltung der Bürger, ihre wirtschaftliche und soziale Teilhabe am öffentlichen Leben sowie für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Und das meint in allererster Linie die ländlichen Räume: Nämlich die, die demografisch besonderes gefordert sind und in denen der Breitbandausbau nicht ausgemacht ist. Das sind auch die, in denen die Kommunen aufgrund großer Entfernungen nicht nur infrastrukturell entsprechend aufgestellt sein müssen, sondern auch die, in die in ehrenamtliche und soziale Strukturen investiert werden muss.

Nach verfrühter Beendigung der Kommissionsarbeit Ende April und dem alleinigen Ziehen von Schlussfolgerungen seitens der Bundes müssen wir, liebe Frau *Klöckner*, mit Stand heute feststellen: Es sind bislang nur wenige konkrete Lösungen skizziert. Völlig offen ist, ob und wie es zu „effektiven und sichtbaren Schritten hin zu einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ im eben genannten Sinne kommt. Ihren selbst gesteckten Erwartungen ist die Kommission damit jedenfalls bisher nicht gerecht geworden. Da müssen wir, liebe Frau *Klöckner*, nochmal „ran“.

Auch ist – wieder einmal – der finanzielle Rahmen für umzusetzende Maßnahmen

* Rede von DLT-Präsident Landrat *Reinhard Sager* auf der 73. DLT-Jahrestagung am 18.9.2019 in Merseburg. Es gilt das gesprochene Wort.

nicht vorhanden, zumindest jedoch vollkommen offen. **Bundesinnen- und -heimatminister Horst Seehofer hat unlässiglich der Vorstellung der Schlussfolgerungen des Bundes am 10.7.2019 davon gesprochen, dass die einzelnen Ressorts die betreffenden Vorhaben durch Umschichtung im eigenen Hause selbst erwirtschaften müssen. Wir wissen alle, was das bedeutet.** Zum Vergleich: Für die strukturpolitische Abfederung der Folgen des Kohleausstiegs sind 40 Milliarden Euro veranschlagt worden. Die Landen – und das gönnen wir Ihnen, lieber Herr Dr. Haseloff – zu einem Gutteil auch in Sachsen-Anhalt.

Der Deutsche Landkreistag wird deshalb nicht müde, vor allem bei den uns besonders wichtigen Themen wie 5G, Breitband, ländliche Entwicklung und Kommunalfinanzen nicht nachzulassen, die Politik anzutreiben. In Ihnen, liebe Frau Klöckner, sehen wir eine kämpferische Verbündete mit klarem Kompass für die zu erreichenden Ziele. In diesem Monat soll es erste konkrete Gespräche geben, wie aus den Schlussfolgerungen des Bundes echte Mehrwerte generiert werden können. Wir sind sehr gespannt!

5G-Mobilfunk und Breitband

Für das auszubauende 5G-Netz ist es immerhin so, dass der Bund in Gestalt einer Infrastrukturgesellschaft nachsteuern und auch selbst Masten mit dem Ziel des Lückenschlusses aufstellen will. Damit ist im Kern das Eingeständnis eines strukturellen Fehlers verbunden: Der Staat hat sich in vielen Bereichen der Daseinsvorsorge aus der Leistungserbringung zurückgezogen und auf eine bloße Gewährleistungsfunktion beschränkt. Das war nicht richtig. **Mit dem Anspruch einer flächendeckenden Versorgung ist der Markt jedenfalls in weiten Teilen überfordert.** Noch schlimmer: Jahrelang hat der Bund zugeesehen, wie kommunale kreisweite Ausbaumühnungen für Glasfaser von privaten Anbietern durch zweifelhafte Praktiken zurückgeworfen worden sind. Das Ergebnis: Es wurden alte Kupferleitungen ertüchtigt, statt Glasfaser zu verlegen.

Förderpolitik

Zur Wirtschaftspolitik. Gleichwertige Lebensverhältnisse haben (natürlich) stets etwas mit Arbeitsplätzen zu tun, da es die heißbegehrten Fachkräfte verständlicherweise dorthin zieht, wo sie für sich die größten Lebenschancen und die Verwirklichung der eigenen Familienplanung sehen. Da hat der ländliche Raum wirklich viel zu bieten:

- eine hohe Lebensqualität,
- intakte natürliche Ressourcen,

- eine realistische Perspektive auf ein eigenes Heim bzw. moderate Mieten,
- bessere Kita-Betreuungsquoten als in den großen Städten
- und eine hohe wirtschaftliche Wertschöpfung.

Nach wie vor ist die Hälfte der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in den ländlichen Räumen angesiedelt. Die Heimat von Industrieunternehmen, Handwerk und Mittelstand ist die Fläche. Die Standorte der weitaus meisten deutschen Hidden Champions sind die Landkreise – und nicht die Ballungszentren.

Daraus folgt, dass wir eine kluge Förderpolitik brauchen. Denn es hat sich in den letzten Jahrzehnten wirtschaftspolitisch viel verändert. So sind die Erfordernisse bei Landwirtschaft, Dorferneuerung, Flurneuordnung oder Wegebau, gerade weil wir dort viel erreicht haben, heute völlig andere als in den 1960er Jahren. **Die Antwort auf diesen Strukturwandel muss zumindest auch eine Verbreiterung des Förderspektrums der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur (GAK) sein. Denn damit kann auf die veränderte Situation in den ländlichen Räumen angemessen reagiert werden.** Insofern sind wir uns mit Ihnen, Frau Klöckner, aber etwa auch mit dem Sachverständigenrat Ländliche Entwicklung, völlig einig. Und Ihnen, lieber Herr Dr. Haseloff, sind wir sehr dankbar, dass Ihre Landesregierung das Thema immer wieder auf die Berliner politische Agenda gesetzt hat.

Es müssen künftig auch mittelständische Unternehmer wie Elektriker, Kfz-Mechaniker oder Handwerker unterstützt werden, die ebenso wie Metzger, Bäcker und Friseur für eine Grundversorgung der Bevölkerung wichtig sind. Solche Maßnahmen verhindern, dass sich Menschen abgehängt fühlen und wegziehen. Hier geht es deutschlandweit jährlich nicht um Milliarden-, sondern um dreistellige Millionenbeträge, die aber gut eingesetzt wären, weil Investitionen angestoßen und Arbeitsplätze geschaffen würden. Möglich wären dann auch ergänzende Hilfen für eine Stärkung des Ehrenamts, beim Breitbandausbau für nicht landwirtschaftliche Unternehmen oder die Förderung von KMU bei der Digitalisierung. Ein weiteres Beispiel sind neue Arbeits- und Geschäftsmodelle wie Co-Working. Leider konnte sich der Bund auch hier bisher nicht zu belastbaren, finanziell unterlegten Zusagen durchringen. Insbesondere bleibt die dafür erforderliche Grundgesetzänderung offen. **Ich versichere Ihnen allen: Wir kämpfen weiter – und das mit ganzer Kraft!**

Ermutigt fühlen wir uns durch die vorhin bereits erwähnte Rede der Bundeskanzlerin vom 11.9.2019, in der sie nicht nur die Umstellung der regionalen Wirtschaftsför-

derung unter Berücksichtigung des Demografiefaktors und die Ehrenamtsförderung als zentrale Punkte im Zusammenhang mit der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse herausgehoben hat, sondern auch die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur“ thematisiert hat, indem sie sprach von:

„neuen Methoden der Förderung der ländlichen Räume über die einfache Agrar- und Küstenschutzförderung hinaus. Hier werden wir uns noch viele Gedanken machen müssen, wie wir das genau machen; es ist aber richtig.“

Bemerkung am Rande: Daher haben wir uns – ebenso wie Sie, lieber Herr Dr. Haseloff – im Frühjahr dieses Jahres auch gemeinsam mit ganzer Kraft gegen Empfehlungen des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung im benachbarten Halle gestellt, künftig Förderimpulse stärker als bislang auf die ostdeutschen Städte und Ballungszentren zu konzentrieren. Würden wir das machen, wäre die zu Recht geführte Gleichwertigkeitsdiskussion bereits hier und heute beendet. Gut ist es zu sehen, dass das Institut mit seiner Auffassung in der Politik, aber auch in der Wissenschaft so isoliert dasteht.

Dezentrale Standorte

Und weil es um den Erhalt dezentraler Siedlungs- und Wirtschaftsstrukturen und um neue Impulse in diesem Zusammenhang geht, müssen Länder und Bund die Hochschul- und Wissenschaftspolitik zukünftig noch stärker dezentral ausrichten. **Öffentliche Einrichtungen sollten ganz bewusst und strategisch in Gebieten mit demografischen oder wirtschaftlich-strukturellen Problemen angesiedelt werden – Bayern hat das vorge-macht.** Neben dem Beitrag zur Entzerrung überlasteter Ballungsräume können so Bleibe- und Zuzugsperspektiven für junge Menschen geschaffen werden. Leider bleibt auch hierzu die Aussage des Bundes eher vage. Immerhin: Der Bundesinnenminister spricht von einem verlagerbaren Personalpotenzial in seinem Geschäftsbereich von um die 8.000 Stellen.

Kommunalfinanzen

Zu gleichwertigen Lebensverhältnissen zählt auch und ganz grundlegend die Finanzausstattung der Kommunen. Die Verbesserung der kommunalen Steuerausstattung sollte eigentlich eine unbestreitbare Selbstverständlichkeit sein. Wir werben mit Ihnen allen gemeinsam seit Langem für einen höheren Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer. Und zusätzlich um eine direkte Steuerbeteiligung der Landkreise als Hauptaufgabenträger in der Fläche. Wir wollen diesen Zuwachs außerdem gerechter, und zwar nach Einwohnern verteilen. Solidarität und Verteilungsgerechtigkeit sind auch zwischen Kommunen geboten. Auch Sie, lieber Herr Dr. Haseloff, haben dazu weiterführende Vorschläge unterbrei-

tet, die wir gemeinsam tragen und unterstützen.

Nur finanziell leistungsfähige Landkreise und Gemeinden können infrastrukturell auf der Höhe der Zeit bleiben. Den Kommunen muss es ermöglicht werden, ihre Pflichtaufgaben und darüber hinaus auch ein Mindestmaß an freiwilligen Aufgaben ohne die dauerhafte Aufnahme von Krediten zu finanzieren. Das ist eigentlich eine Binsenweisheit.

Förderprogramme von Bund und Ländern können eigene dauerhafte kommunale Finanzmittel immer nur ergänzen, dürfen diese aber nicht ersetzen.

Deshalb sind Bundes- und Landesmittel über Modellprojekte, Konjunkturprogramme oder zuletzt den Digitalpakt zwar Geld, das man vor Ort nicht ausschlagen kann. Tragfähige Strukturen auf der kommunalen Ebene entstehen so aber gerade nicht, sondern werden im Gegenteil sogar am Entstehen gehindert. Denn immer und immer wieder werden mit neuen Programmen nur Strohfeuer entfacht.

In der Kommission ist man diesem Gedanken zu wenig nähergetreten und hat stattdessen lang und breit das Gegenteil dessen diskutiert: So hat sich die erste der sechs Arbeitsgruppen ausgiebig mit der Frage kommunaler Altschulden und damit einem Problem in wenigen Bundesländern befasst, das von diesen – und nur diesen – gelöst werden muss. Es kann nicht sein, dass auf diese Weise erhebliches Bundesgeld, das eigentlich für eine bessere Förderpolitik, den Breitband- und Mobilfunkausbau oder die Verkehrswende gut, sinnvoll und kompetenzgemäß eingesetzt wäre, in den Schuldendienst Dritter geht. **Zukunftsorientierung statt Vergangenheitsbewältigung muss für den Bund die Devise sein.**

Das auf dem Tisch liegende Kommissionsergebnis ist deshalb gerade insoweit ernüchternd: Die nun wirklich offenkundige Verantwortung des Bundes im Bereich der kommunalen Steuerausstattung wird nicht gesehen. Sie ist der Bundespolitik aber bei der Umsatzsteuerverteilung geradezu auf die Stirn geschrieben. Wenigstens findet die auch vom Deutschen Landkreistag eindeutig abgelehnte Erhöhung der KdU-Bundesbeteiligung, die mit einem Umschlagen in Bundesauftragsverwaltung und einer Erdrosselung des Optionsmodells einhergehen würde, ebenfalls mit keinem Wort Erwähnung.

Sozialer Wohnungsbau

Schließlich: Aus Sicht des ländlichen Raumes geht die Ankündigung in die vollkommen falsche Richtung, dass der Bund bei über zwei Millionen leerstehenden Wohnungen seine Mittel für den sozialen Wohnungsbau über 2020 hinaus fortschreiben

wird. Dieser gravierende Markteingriff ist aus der Perspektive des Kommissionsauftrages sogar kontraproduktiv und dürfte ländliche Standorte eher schwächen als stärken. Denn diese Maßnahme leistet einen Beitrag dazu, durch staatliche Intervention das Wohnen in Großstädten und Ballungszentren zu verbilligen. **Die ländlichen Räume konkurrieren damit umso stärker mit einem staatlich punktuell subventionierten Wohnungsangebot. Diese Erkenntnis ist frustrierend, sollten in der Kommission doch eigentlich Maßnahmen erdacht werden, die den Charakter von Pull-Faktoren für das Land haben. Für die Fläche ist das hingegen ein klarer Push-Faktor.**

Konkrete Forderungen des DLT

Dieser Befund belegt ganz deutlich: Es läuft politisch nicht wirklich gut und schon gar nicht rund für die ländlichen Räume. Das muss sich dringend ändern, wobei Sie beide, Frau Klöckner und Herr Dr. Haseloff, sich im letzten Jahr fraglos als unsere verlässlichsten Verbündeten erwiesen haben.

Wir können es besser – davon bin ich überzeugt. **Wir erwarten ohne Wenn und Aber entscheidende Fortschritte, die den Menschen in der Fläche echte Mehrwerte bringen.** Die Zeit der Kommissionen haben wir hinter uns, nun müssen wir die Themen politisch verdichten und priorisieren – und zwar wie folgt:

Erstens brauchen wir eine belastbare Zusage des Bundes, dass wir den **flächendeckenden Ausbau von Glasfaser und Mobilfunk bis spätestens 2025 umsetzen**.

Zweitens ist die **Förderung von lebendigen Ortskernen sowie von kleinen Betrieben** weiterzuentwickeln. Dazu sind die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für eine inhaltliche Erweiterung der Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ zu schaffen. Diese Ausweitung des Förderspektrums müsste jedenfalls auf die Dauer mit einer Mittelaufstockung durch den Bund einhergehen. Das ist gut investiertes Geld!

Drittens müssen Landkreise, Städte und Gemeinden wieder überall eigenständig finanziell handlungsfähig werden. Dies ist Bedingung dafür, dass die Menschen tatsächlich dort leben können, wo sie leben wollen. **Der Königsweg besteht darin, den Kommunen seitens des Bundes höhere Anteile an der Umsatzsteuer – und zwar nach der Zahl der Einwohner – zukommen zu lassen.**

Viertens muss dauerhaft die **finanzielle Mindestausstattung jeder einzelnen Kommune durch alle Länder** garantiert werden, sodass eine Verschuldung über überjährige Kassenkredite unterbleiben kann. Der Bund betrachtet dies zu Recht

als unverzichtbare Voraussetzung für seine zu prüfende einmalige Altschuldenhilfe. Wir erwarten auch, dass die *Länder* für bundesgesetzlich neu gestaltete oder erweiterte kommunale Aufgaben wie beim Bundessteilhabegesetz finanziell vollen Umfangs eintreten.

Fünftens erwarten wir eine verlässliche Aussage des Bundes zur Umsetzung der **Neuansiedlung und Ausgründung von (Bundes-)Behörden und Forschungseinrichtungen**. Hierzu gehört es, klar zu benennen, wie viele Arbeitsplätze bis wann in welche Gebiete verlagert oder künftig aufgebaut werden sollen.

Mega-Thema Klimaschutz

Lassen Sie mich nun zu einem weiteren Mega-Thema kommen, dessen Bedeutung mittlerweile wahlentscheidende Dimensionen angenommen hat: dem Klimaschutz.

Knifflig ist vor allem die Frage, welche entscheidenden Schritte in Angriff genommen werden sollen und wie wir uns als Landkreise dazu stellen. Hierbei geht es nicht zuletzt um die Bedeutung der erneuerbaren Energien und den Umbau des Energiesystems. Dem ländlichen Raum kommt dabei in mehrfacher Hinsicht eine besondere Rolle zu.

Bereits 2011 hat der Deutsche Landkreistag eine Vielzahl guter Beispiele der Landkreise zusammengetragen, und zwar zum Ausbau der erneuerbaren Energien und zur Steigerung der Energieeffizienz. Außerdem hat das DLT-Präsidium seinerzeit, also vor inzwischen acht Jahren, ein Positionspapier vorgelegt, das die wesentlichen Fragen für eine gelingende Energiewende aus Sicht der ländlichen Räume beschreibt und die Kernerkenntnis enthält:

„Die Energiewende entscheidet sich vor allem im ländlichen Raum.“

Hinter diesem Satz stehen wir nach wie vor. Insbesondere die Stromerzeugung aus Wasserkraft, Windenergie und Biomasse kommt in nennenswertem Umfang de facto nur im ländlichen Raum in Betracht. Viele Landkreise verfügen über regionale Energiekonzepte, die eine möglichst weitgehende Versorgungsautonomie im Kreisgebiet anstreben. Darüber hinaus engagieren sich die Landkreise vorbildhaft für die energetische Sanierung ihrer Liegenschaften. Des Weiteren haben sie Energieagenturen zur Beratung von Gemeinden und Bürgern.

Der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien führt in den Landkreisen allerdings auch zu Belastungen, die die Bevölkerung des ländlichen Raums hinnehmen muss. Von daher ist Energiepolitik und Klimaschutz auch ein strukturpolitisches Thema, bei dem man die unterschiedlichen Betroffenheiten von Stadt und Land in eine gesunde Balance bringen

muss. Nicht zuletzt um die Akzeptanz für die Energiewende zu sichern, brauchen wir viel klarere wirtschaftliche Anreize. **Die Wertschöpfung muss bei den Menschen vor Ort bleiben.**

Ganz grundsätzlich ist zu fragen, welcher gesellschaftliche und politische Konsens in diesem Themenfeld anzustreben und herzustellen ist. Die jüngeren Diskussionen aus dem Sommer zur CO₂-Steuer, zum Emissionshandel, zur Abschaffung des Mehrwertsteuerprivilegs für Fleisch, zur Agrarwende oder zur Erhöhung der Kfz-Steuer für bestimmte Autotypen haben bereits im Ansatz verdeutlicht, was für eine sehr grundlegende Diskussion wir dabei zu führen haben werden. Dabei geht es auch um die Frage, wie es eine auf Wachstum und Ressourcenverbrauch angelegte Weltwirtschaft bei enormem Bevölkerungswachstum etwa in Afrika und Indien schaffen kann, bewusster und zielgerichteter zu konsumieren.

Wir sind davon überzeugt, dass es ein falscher Weg wäre, mit Verboten statt mit Anreizen zu operieren und beispielsweise Treibstoffe höher zu besteuern. Das führt lediglich zu höheren Kosten für die Verbraucher, die auf das Auto angewiesen sind. Und diese finden wir nicht in den großen Städten wie Berlin, Hamburg oder München mit ihrem engen ÖPNV-Netz. Nein, die davon betroffenen Pendler leben in den Landkreisen und vielfach im ländlichen Raum. Das verdeutlicht, dass Schnellschüsse in der Klimapolitik zwar auf den ersten Blick nach einfachen Lösungen klingen, bei Lichte betrachtet aber große strukturelle Verwerfungen hervorrufen können. Daher müssen die Folgewirkungen mitgedacht und an anderer Stelle abgefedert werden.

Klimaschutz und Energiewende dürfen also nicht auf Kosten der ländlichen Räume gestaltet werden. Denn in vielen Politikfeldern – sei es der Wohnungs-

bau, die Schaffung digitaler Infrastrukturen, die Lösung der Verkehrsprobleme durch den Einsatz von Trerollern oder der richtige Umgang mit zunehmenden Wolfspopulationen – ist die Sicht oft städtisch bis großstädtisch geprägt.

Daher müssen wir gut aufpassen, dass es beim Klimathema nicht wieder zu einer derartigen Schieflage kommt. Lassen Sie uns dabei der Politik immer wieder mit großer Entschiedenheit vorhalten, dass 56 % der Bevölkerung in ländlichen Räumen leben. 91 % der Fläche Deutschlands sind ländlich. Wahlen werden daher vor allem in der Fläche gewonnen. Oder verloren.

Mobilitätswende

Gleiches gilt für die Mobilitätswende, die der Klimawandel immer dringlicher werden lässt. Sie betrifft nicht nur Berufspendler, auf die in der laufenden Debatte besonderes Augenmerk gerichtet werden sollte. Von einer Verteuerung der Autonutzung betroffen wären die allermeisten Haushalte in den Landkreisen. Denn hier – und das ist ein großer Unterschied zu den Großstädten – verfügt nahezu jede Familie über mindestens ein Auto.

Die Vision der autofreien Stadt konzentriert sich dennoch bislang fast ausschließlich auf die Großstädte. Elektrofahrzeuge sind aber vor allem in der Fläche ein wichtiger Lösungsbaustein. **Soll Elektromobilität breite Akzeptanz finden, muss entsprechende Infrastruktur mit Unterstützung von Bund und Ländern noch weiter und verstärkt flächendeckend ausgebaut werden.** Auch autonome Fahrzeugkonzepte sollten vorrangig in der Fläche erprobt werden.

Schwieriger ist die Situation bei kommunalen Nutzfahrzeugen und Elektrobussen. Die EU hat hier unlängst ambitionierte Vorgaben gemacht, die vorsehen, dass bis

2025 bzw. 2030 ein großer Teil der beschafften Busse und Lkw „saubere Fahrzeuge“ sein müssen. Das ist so im ländlichen Raum nicht darstellbar, denn den Verkehrsbetrieben drohen unverhältnismäßige Kosten. **Das bringt den ÖPNV in der Fläche nicht voran, schlimmstenfalls sogar zum Erliegen.**

Ich halte im Übrigen auch den Verbrennungsmotor noch nicht für gänzlich überholt. Auch Wasserstoffantriebe bieten möglicherweise gerade für ländliche Gebiete große Chancen. Auch hier muss gelten: Einseitig schnelle Lösungen müssen nicht auch die richtigen sein.

Schluss

Lassen Sie es mich zum Schluss noch einmal auf den Punkt bringen: Sowohl in der Frage gleichwertiger Lebensverhältnisse als auch in der Energie- und Klimapolitik müssen die politischen Parteien, die Landesregierungen sowie die Bundesregierung ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen.

Dies zeigt gerade die Frage der Unterstützung ländlicher Räume, die seit Langem mehr als entscheidungsreif auf den Tischen liegt. Hierfür haben wir mit Ihnen, Frau Bundesministerin, und Ihnen, Herr Ministerpräsident, gekämpft. Hierfür lohnt es sich, weiter zu kämpfen. Wir brauchen dringend Ergebnisse, denn Politik wird unglaubwürdig, wenn sie Versprechungen macht, die sie nicht einhält.

Sehr geehrte Frau *Klöckner*, sehr geehrter Herr Dr. *Haseloff*, lassen Sie uns deshalb weiter im engen Schulterschluss vorgehen und für unsere gemeinsame Sache werben, um den Menschen Lösungen präsentieren zu können, die konkret vor Ort fühlbar Gestalt annehmen. □

DLT-Präsident Landrat Reinhard Sager